

# Synodecommuniqué

Sachbearbeiter: Thomas Gehrig

8. Dezember 2010

## Beitragserhöhung für Sanspapiers-Beratungsstelle

**Die Sanspapiers-Problematik wird von der Synode als diakonische Aufgabe der Gesellschaft und nicht allein der Kirchen wahrgenommen. Die seit 2007 bestehende Unterstützung der Berner Beratungsstelle wird für drei Jahre verlängert und auf 30'000 Franken erhöht.**

Synodalrätin Pia Grossholz schildert Sanspapiers als in der Gesellschaft so gut wie unsichtbar, weil sie über keinen regulären Aufenthaltsstatus verfügen. Die Beratungsstelle richtet sich an Einzelmenschen in Not und deckt zwei Hauptgruppen ab: Klassische Sanspapiers, die hier arbeiten, und Asylsuchende mit ablehnendem oder Nichteintretens-Entscheid.

Die zunehmenden Zahlen sind eindrücklich: 1'326 Beratungen im letzten Jahr, darunter 75 Familien mit 111 Kindern.

### Leistungen in Bern und Biel

Die Beratungsstellen in Bern und Biel haben eine Triagefunktion und sind gut vernetzt mit anderen Fachstellen. Sie leisten keine Hilfe bei der Arbeits- und Wohnungssuche (diese Aktivitäten wären strafbar), jedoch Informationsarbeit gegenüber der Öffentlichkeit und insbesondere gegenüber interessierten Kirchgemeinden.

Trotz Aufstockung um 5'000 auf 30'000 Franken verbleibt ein Defizit.

Alle Fraktionsvoten zeigen eine klar positive Haltung gegenüber einer Problematik, welche die offizielle Schweiz nicht zur Kenntnis nimmt. Sanspapiers sind ein gesellschaftliches und nicht allein ein kirchliches Problem, betont Roland Perrenoud (Biel) als Präsident der Finanzkommission. Die GPK beantragt sogar eine Verlängerung der Beitragszahlungen auf vier Jahre, was aber keine Mehrheit findet. Für Johannes Josi (Riedstätt) brauchen Menschen in Not ganz einfach Hilfe. Und weil die Sanspapiers-Problematik voller politischer Widersprüche sei, diene die Beratungsstelle auch den Kirchgemeinden.

### Abstimmung

Ausrichtung für 3 Jahre  
- 106 Ja : 68 Nein (bei 4 Enthaltungen)

Schlussabstimmung  
- 172 Ja : 3 Nein (bei 4 Enthaltungen)